Deutschland als Volksstaat

mit

Papierwährung und zinslosem Gelde.

Von

Geh. Sanitätsrat

Dr. Konr. Küster.

Staatspolitischer Verlag · GmbH · Berlin

Preis 2,– Mark

Deutschland

als

Volksstaat

mit Papierwährung und zinslosem Gelde

Von Geheimen Sanitätsrat

Dr. Konr. Küster

19 20

Staatspolitischer Verlag G. m. b. H. / Berlin

Vorwort.

Seit Jahrzehnten kämpfe ich bereits für den Ausgleich der herrschenden Gegensätze und für die Versöhnung aller Schichten der Bevölkerung zur gemeinsamen Arbeit für eine gedeihliche Entwicklung des deutschen Vaterlandes. Ich bin bei der Gründung des Schiller-Theaters mit seinen billigen Volkspreisen beteiligt gewesen, habe den Verein für Volksunterhaltungsabende ins Leben gerufen, bin in der Frauenbewegung tätig gewesen, habe für die Rechte der unehelichen Kinder und der unehelichen Mütter gekämpft, bin eifriger Befürworter einer Umformung des Schulgeistes gewesen und bin für die Einheitsschule eingetreten, habe mich bemüht, in der Studentenschaft eine einigende allgemeine burschenschaftliche Bewegung herbeizuführen, bin stets gegen die Auswüchse des Parteiwesens aufgetreten, bin eines der ältesten Mitglieder des Bodenreformbundes, habe stets gegen die kapitalistischen Auswüchse gekämpft und habe bei Beginn des Krieges, als er noch siegreich zu endigen schien, die Lanze für eine soziale Monarchie eingelegt. Ich hielt damals eine Monarchie für diese Ziele für geeigneter, als die vorhandenen rein kapitalistischen Republiken, weil sie weniger kapitalistisch verseucht wäre und das nötige militärische Rückgrat hätte. Aber auch in einem wirklichen Volksstaate können die sozialen Einrichtungen erfolgreich durchgeführt werden, nur muß er sich gleichfalls ein militärisches Rückgrat schaffen. Bei der Gährung und dem Aufschäumen der durcheinander gehenden Anschauungen und bei der Zügellosigkeit der Volksmasse, die für eine ungehemmte Freiheit noch nicht reif, ist ein solches dringend notwendig. Nur durch allmähliche Umbildung und Entwicklung, nicht durch gewaltsame Umwälzungen kann ein Volksstaat sich aufbauen. Evolution, nicht Revolution!

Wie man sieht, habe ich nicht umlernen brauchen. Ich kann mit meinen schon seit vielen Jahren verlangten Umbildungen einen Volksstaat aufbauen. Aber ein Volksstaat ist nur lebensfähig, wenn alle Schichten der Bevölkerung versöhnt Schulter an Schulter miteinander, nicht gegeneinander daran arbeiten. Eine solche Versöhnung herbeizuführen, ist der Zweck meiner Schrift. Möge es zum Heile unseres zusammengebrochenen und am Boden liegenden deutschen Vaterlandes gelingen!

Berlin, im Juli 1919.

Geh. Sanitätsrat **Dr. Konr. Küster.**

Deutschland als Volksstaat.

Es ist ein schweres Unheil gewesen, daß Deutschland gerade während seines wirtschaftlichen Aufstiegs und seiner militärischen Glanzzeit sich nach innen hin nirgends zeitgemäß entwickelt hat. Und das, trotzdem Kaiser Wilhelm II. bei seinem Regierungsantritte sich für die Schulreform, für die Arbeiterfrage, für die religiöse Frage und viele andere Fragen warm interessierte. Es ist bei ihm lediglich bei dem Anlauf geblieben. Er hat sehr bald nach innen nicht mehr regiert, sondern nur nach außen den Staat vertreten. Die hergebrachte Hofsitte, ein urvorweltliches Überbleibsel, sperrte ihn vom Volke ab, fast wie in Korea. Für ihn regierten unverantwortliche Persönlichkeiten, vor allen Dingen das Zivilkabinett. Der Kaiser gab nur seinen Namen zur Unterschrift her und tat und sagte schließlich nichts, was diese nicht gut hießen. Er hatte sich in sein geheimnisvolles Gottesgnadentum so eingesponnen, daß der geistig hervorragende Mann die menschliche Kette von Nullen nicht durchbrach, die ihn die inneren Verhältnisse mit ihren Augen zu betrachten zwang. Und diese Nullen wollten keinen Fortschritt. Die Staatsmaschine bewegte sich dauernd im gewohnten bürokratischen und subalternen Geleise. Es wurde von oben herab verordnet, anstatt die Volksmassen durch Einführung von Selbstverwaltungen zur Mündigkeit zu erziehen.

Und doch sproßten in Deutschland gerade während dieser Zeit an allen Ecken und Enden unzählige Bestrebungen, die das Veraltete und Unbrauchbare in neuzeitige Formen bringen sollten. Sie alle mußten saftlos im Schatten verkümmern. So ist die von M. v. Egidy so kraftvoll eingeführte religiöse Bewegung sang- und klanglos versandet. v. Egidy strebte fortwährend nach einer Gelegenheit, dem für religiöse Fragen so empfänglichen Kaiser seine Bestrebungen vortragen zu können. Beide wurden ängstlich von einander fern gehalten, weil man ein Verstehen und ein Eingehen des Kaisers fürchtete.

Dementsprechend herrschten trotz des äußeren Glanzes allgemeine Unzufriedenheit und große Müdigkeit und Gleichgültigkeit, weil man sah, daß jegliches Bemühen für inneren Fortschritt vergeblich war. Dies wurde von den Arbeiterführern in geschickter Weise benutzt, um die festorganisierten Arbeiter gegen Monarchie und gegen die Hohenzollern einzunehmen.

Und so mußte es kommen, wie es gekommen. Durch die lange Dauer des Krieges wurden die unterernährten Deutschen kriegsmüde. Die Helden-

krieger waren zum größten Teil gefallen, der Ersatz hatte keine Begeisterung mehr, war minderwertig und leicht empfänglich für die Umwälzungen, die von Rußland her die Welt überfluteten. Das alte System brach morsch, wie es war, restlos zusammen, sobald das militärische Rückgrat nicht mehr vorhanden und für Zucht und Ordnung sorgte. Wir sind dann später nicht nur militärisch, sondern durch die wilden Streiks auch wirtschaftlich zusammengebrochen und, was am bedauerlichsten, auch sittlich. Und hier besonders sind wir so tief gesunken, daß ein weiteres Sinken kaum noch gedacht werden kann. Wer hätte es jemals für möglich gehalten, daß soviel Verbrechertum und soviel Roheit sich bei den Deutschen entwickeln konnten und daß die Soldaten und Matrosen hierbei in erster Reihe stehen?

Der Niedergang ist ein so gewaltiger, daß es zweifelhaft geworden, ob die Deutschen sich wirtschaftlich und sittlich noch einmal werden emporraffen können oder ob der Niedergang ein dauernder ist. Man hofft nur zu gern, daß ein Aufstieg noch möglich. Die unmenschliche und schmachvolle Behandlung seitens unserer Feinde bringt uns vielleicht noch zur Besinnung und zum einheitlichen Entschluß, mit Mut und Kraft und mit Arbeitsfreudigkeit für die Ehre des Vaterlandes einzutreten. Man muß sich diese Schmach stets klar vor Augen halten. Bisher herrschte der vornehme Volksbrauch, daß tapfere und mutige Krieger, wenn sie sich ergeben mußten, mit allen Ehren behandelt wurden. Die Deutschen haben sich tapfer und mutig geschlagen und haben sich siegreich fast gegen die halbe Welt gewehrt. Als sie um Frieden bitten mußten, sind sie trotzdem nicht nur nicht ritterlich behandelt worden, sondern brutal und gemein. Freilich wird dies auf Feldmarschall Foch und seine treibenden Hintermänner dauernd in der Geschichte einen Schatten werfen. Der Schand- und Schmutzfleck auf ihrem Ehrenschild wird nicht wieder abgewaschen werden können. Aber das befreit uns nicht von der Schmach.

Unsere Feinde kämpften angeblich gegen den Imperialismus und Militarismus bei uns und für Freiheit und Menschlichkeit. Erstere haben sie bei uns mit Hilfe der Revolution mit großem Erfolge niedergeworfen, um beides bei sich in vollster Blüte sich entwickeln zu lassen. Freiheit und Menschlichkeit ist bei ihnen aber stets nur eine heuchlerische Phrase gewesen und nur auf Täuschung der Neutralen berechnet. Unterdrückung und Unmenschlichkeit sind stets nur ihr wahres Ziel gewesen.

Der Imperialismus und der mit ihm sieghafte Kapitalismus werden die Gelegenheit benutzen, um die im Fluß befindliche Arbeiterbewegung in ihren Ländern nicht nur zu hemmen, sondern zu unterdrücken. Die internationale Hebung des Arbeiterstandes, die mit dem Völkerbunde ins Leben gerufen werden sollte, ist dadurch unmöglich geworden. Sollten die Arbeiter unserer Gegner Einsicht und Kraft genug besitzen, Imperialismus und Kapi-

talismus bei sich zu überwinden und sich wie bei uns an's Ruder zu bringen, dann würde der Völkerbund zustande kommen können, den Wilson in so schwächlicher Weise hat ins Gegenteil verkehren lassen oder selbst verkehrt hat, denn seine Handlungen entsprechen in keiner Weise seinen Worten.

Sollte dies gelingen, so würden die grauenvollen Opfer des Weltkrieges nicht umsonst gebracht worden sein, dann würde man wieder an eine Weltordnung mit dem Streben nach aufwärts glauben können. Gegenwärtig ist das Umgekehrte der Fall und Lug und Trug und ein moralisches Sinken nach abwärts machen sich überall bemerkbar.

Die Verhältnisse bei den sogenannten Kulturvölkern waren durch den wuchernden und brutalen Kapitalismus so verrottet und so unhaltbar, daß der mehr als vierjährige mörderische Weltkrieg erst alles zusammenbrechen lassen mußte und muß, um hier Ordnung und Besserung zu bringen. Es würde sonst alles beim alten bleiben, ja noch viel trostloser werden.

Nach Beseitigung des Imperialismus und des wuchernden Kapitalismus könnte auch in den Ländern unserer Feinde sich eine vollkommen neue und bessere Welt aufbauen, es könnten wahre Freiheit und wahre Menschlichkeit sich entwickeln und ein friedfertiges Zusammenleben der sich nach eigenem Wunsche sondernden und unter Berücksichtigung der Rechte und der Ehre der Nachbarvölker sich selbst verwaltenden Nationen. Vorläufig steht diese Aussicht jedoch noch in weiter Ferne. Die unglaublich törichten Friedensbestimmungen haben anstatt Friede und Ordnung ein wüstes und wirres Durcheinander in der ganzen Welt geschaffen. Überall Kampf und Zänkereien zwischen den großen und noch vielmehr zwischen den kleinen Nationen. Gott beseitigte das Weltchaos in sieben Tagen, ob die törichten Menschen der Gegenwart das Erdenchaos in sieben Jahren werden beseitigen können, ist noch höchst zweifelhaft. Deutschland aber wird unbekümmert um dieses wüste Durcheinander in der Welt und um die Gährungen der Völkermassen selbständig aus sich heraus einen neuen Staat aufbauen müssen.

Die Wiederherstellung einer Monarchie mit überlebter Hofsitte und den vielen alten Zöpfen dürfte auch selbst von den Rechtsstehenden nicht mehr angestrebt werden, denn dies würde zu unheilvollen Bürgerkämpfen führen und den Untergang Deutschlands sicher beschleunigen. Auch eine kapitalistische Republik ist ein Ding der Unmöglichkeit. Wir stehen vor vollkommen neuen Verhältnissen und dürfen deshalb veralteten Dingen nicht nachlaufen. Republik mit einem Präsidenten ist eine Nachäffung und keine Neuschöpfung. Wir wollen einen unverfälschten Volksstaat mit einem vom Volke, nicht von den Parteien gewählten Oberhaupt. Jeder Körper — und ein solcher ist der Staat — muß einen Kopf haben, weil sonst die Glieder und übrigen Teile zügellos und wild durcheinander und gegeneinander wühlen. Dieses Haupt

sollte man Reichsverweser oder Volkskaiser nennen. Die Hauptsache ist, daß dieser vom Volke nicht fern gehalten wird, nicht in einem Wolkenkuckucksheim über ihm schwebt, sondern vollverantwortlich als geistiger Leiter und Führer mit ihm und unter ihm lebt. Er hat sich ohne Rücksicht auf die Parteien die tüchtigsten Männer zu seinen Ministern zu nehmen, hat die Selbstverwaltung des Volkes zu pflegen und zu bewachen und bei unlösbaren Widersprüchen eine Abstimmung durch das ganze Volk herbeizuführen. Im Gegensatze zu dem bekannten Ausspruche Ludwigs XIV: „Der Staat bin ich!" muß es jetzt lauten: „Der Staat sind wir, sind wir, das Volk!" Hiernach übernehmen aber wir alle, Männer und Frauen, die Pflicht und Schuldigkeit, nach bestem Können und unter voller Verantwortlichkeit mitzuarbeiten und nicht tatenlos darauf zu warten, daß alles von oben kommt.

Der Volksstaat wird vom Volke selbst verwaltet. Das Volk herrscht aber nicht. Demokratie ist veraltet und paßt nicht auf unsere Zeit. Das Wort stammt aus dem alten Griechenland. Der Demos waren die Vollbürger, welche über die nicht vollberechtigten Bürger und über die aus den Gefangenen hervorgegangenen Unfreien die Herrschaft führten. Bei uns gibt es nur vollberechtigte Bürger, das Volk hat niemand zu beherrschen, es könnte sich nur selbst beherrschen, was allerdings sehr wünschenswert wäre. In einem Volksstaate müssen alle Staatseinrichtungen auf dem Grundsatze aufgebaut sein: Der Einzelne für das Ganze, das Ganze für den Einzelnen!, um dem eigensüchtigen Handeln und dem Durchsetzen von Sonderinteressen den Boden zu entziehen.

Um einen solchen Staat einzurichten, dazu gehören ganze Männer, die voll Kraft und Verständnis das klare Ziel verwirklichen können. Leider ist deren Zahl eine sehr geringe. Und diese wenigen werden noch zurückgedrängt aus Furcht, sie könnten den Volksstaat wieder umstürzen. Unnötige Furcht! Wer sein Vaterland lieb hat, arbeitet jetzt mit seiner ganzen Kraft für den Aufbau des neuen Deutschlands. Wer in Theorien befangen ist und auf sie schwört, wie die Kirche auf die Dogmen, wer sich nur negativ betätigt hat, der ist dazu nicht geeignet. Alle diese Theorien, wie die Marxsche haben zwar einen guten Kern, gehen aber doch vielfach fehl und lassen sich nicht verwirklichen. Wer es trotzdem unternimmt, versündigt sich an dem Wohle des Vaterlandes.

Vor allen Dingen wird es notwendig sein, die unteren Volksschichten gleichberechtigt in das Volksganze einzuordnen.

Durch die Wahlen haben die Arbeiter ein Übergewicht den sogenannten Bürgerlichen gegenüber. Es ist dringend notwendig, daß alle Schichten der Bevölkerung gleiche Rechte und Pflichten haben und daß kein Stand Vorrechte und Bevorzugung erfährt.

Der Arbeiter ist Vollbürger mit gleichen Rechten und Pflichten. Es ist deshalb verkehrt, einen Unterschied zwischen Arbeitern und Bürgern künstlich groß zu ziehen. Sie sollen miteinander, nicht gegeneinander für einen gesunden Aufbau des neuen deutschen Vaterlandes tätig sein.

Die Arbeiter Proletarier zu nennen, ist eine Beschimpfung. Die Proletarier im alten Rom faulenzten und lungerten herum, wie heute die Lazzaroni. Sie hatten nicht das Recht und die Ehre, im Heere zu dienen. Der deutsche Arbeiter ist stets fleißig und arbeitsam gewesen und stellte den Hauptbestandteil zum Heere.

Die geregelte Magenfrage und die geordnete Altersversorgung sind die Grundpfeiler einer allgemeinen Zufriedenheit und dadurch der Verhütung gewaltsamer Umwälzungen und die Vorbedingung zu einer gesunden Entwicklung.

Den Alten über 60 Jahre, den Invaliden und Erwerbsunfähigen muß ein heiterer Lebensabend winken. Es muß ihnen eine auskömmliche Staatsrente gesichert sein. Auch die Pensionen der unteren Beamten, besonders aber auch der Lehrer usw. sind bedeutend zu erhöhen. Die hierzu notwendigen bedeutenden Geldmittel sind dadurch unschwer zu beschaffen, daß jeder Erwerbsfähige wöchentlich einen Beitrag in die Rentenkasse zahlt. Die Sozialdemokraten haben auf diese Weise gewaltige Summen für ihre Parteizwecke zusammengebracht. Die Zahl der Beitragenden ist aber hier eine bedeutend größere und außerdem muß jeder, der höhere Löhne und Einnahmen hat, einen entsprechend höheren Beitrag zahlen, der bei sehr großen Einnahmen und größerem Vermögen verhältnismäßig stark zu steigern ist. Es hat dies den Vorzug, daß jeder Erwerbende und Arbeitende selbst für seinen Lebensabend und für den Fall seiner Erwerbsunfähigkeit Sorge trägt.

Es ist dies gleichzeitig ein Ausgleich zwischen Arm und Reich, der zur Versöhnung führen muß.

Jeder ist im Interesse des Allgemeinwohls zur Arbeit verpflichtet. Auch Arbeit ist ein Grundpfeiler der Zufriedenheit. Erfolgreiche Arbeit ruft Lustgefühl hervor, während der Faulenzer launisch und unbefriedigt ist. Die von ihrem Vermögen ohne Arbeit lebenden Reichen sind bekanntlich fast durch die Bank wenig glücklich. Wer grundlos bei voller Jugend- und Manneskraft nicht arbeitet, also seine Pflichten nicht erfüllt, verliert dementsprechend auch seine Rechte.

Der Volksstaat muß gerade durch die volle Arbeit aller Arbeitsfähigen groß und reich werden.

Arbeitslosigkeit ist durch staatliche Notstandsarbeiten, wie Siedlungsarbeiten, Moor- und Heidekulturen zu beseitigen. Geldunterstützung an Arbeitslose befördert die Arbeitsunlust und die Drückerei vor der Arbeit.

Segensreich und erfolgreich würde Arbeitslosigkeit auch bekämpft werden können, wenn Städte, wie es z. B. Königsberg unter Oberbürgermeister Dr. Körte bereits vor dem Kriege mit Erfolg getan hat, ihren Arbeitslosen Landstücke in der Nähe der Stadt zur Urbarmachung und Beackerung übergeben würden, deren von ihnen erarbeitete Erträge ihnen anstatt Unterstützungsgelder überlassen würden und die sie nach Urbarmachung zu billigsten Preisen pachten könnten. Auch Arbeitslosenheimstätten, wie sie der Pfarrer v. Bodelschwing errichtet hat, würden großen Segen und Nutzen schaffen, während die errichteten städtischen Nachtasyle viel Geld verschlingen, ohne daß sie Nutzen bringen und eine Besserung der Beherbergten herbeiführen, sondern sogar im Gegenteil eine Brutstätte und Schule für Verbrechertum sind. Jede solcher Einrichtungen muß außer der Wohltätigkeit auch Nutzen bringen.

Arbeitsvermittlung ist auf breitester Grundlage staatlich einzurichten. Faulenzer und Trunkenbolde sind staatlich zu beschäftigen. Das verdiente Geld ist aber der Familie zu überweisen.

Auf diese Weise ist das Vertrauen des Volkes zur Regierung unbedingt. Die ganze wahre Kraft des Volkes wird ans Tageslicht gefördert. Armut dadurch unmöglich.

Zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer darf keine Gegensätzlichkeit mehr herrschen. Es muß eine Arbeitsgemeinschaft sein, bei der jeder neben seinem Vorteil auch den des anderen im Auge haben muß und beide zusammen den Vorteil der Gesamtheit. Das Gedeihen des Betriebes liegt im Interesse des Unternehmers, der Arbeitnehmer und des Gemeinwohls. Bei großen Einnahmen ist den Arbeitnehmern eine besondere Vergütung zu gewähren. Bei schlechter Einnahme muß sich dagegen der Arbeiter einen Lohnabbau gefallen lassen, damit der Betrieb leistungsfähig bleibt und im Wettbewerb bestehen kann. Der Arbeiter muß mit seinem Herzen am Betrieb beteiligt sein. Die Löhne sind durch Tarifverträge festzusetzen. Entstehen trotzdem Lohnstreitigkeiten, so sind diese durch Einigungsämter zu schlichten, deren Urteile sich jede Seite fügen muß. Jedoch ist eine Berufung an ein Obereinigungsamt zulässig. Streiks sind dadurch unnötig und sind zu verbieten. Politische und Sympathie-Streiks sind als grober Unfug zu bestrafen, Streikhetzer sind zu verhaften und unter Anklage des Hochverrats zu stellen.

Der Stundenlohn ist geeignet, langsame Arbeit hervorzurufen, wodurch der Betrieb und die Allgemeinheit geschädigt werden. Der fleißige Arbeiter erhält außerdem denselben Lohn, wie der faule und langsame. Wo es irgend durchführbar, ist Akkordarbeit einzuführen. Der fleißige und geschickte Arbeiter kann dann die notwendige Tagesarbeit in viel kürzerer Zeit erledigen, als der faule. Es bleibt ihm dadurch mehr Zeit für die

Familie und für seine weitere Ausbildung. Der Arbeitsträge wird dadurch zur schnelleren Arbeit angeregt.

Der 8-Stunden-Tag ist auch wieder eine unpraktische Theorie. Im Allgemeinen muß man zugeben, daß die Kräfte der Arbeitnehmer zu stark in Anspruch genommen werden und daß 8 Stunden Arbeitszeit, besonders bei Akkordarbeit, die mittlere Linie sein muß. Aber nun für alle Verhältnisse ohne Rücksicht auf die besondere Art des Betriebs 8 Stunden Arbeitszeit festzusetzen, zeugt doch wieder von einer politischen Unreife. Wenn z. B. ein D-Zug, dessen Fahrzeit 8 Stunden ist, durch unvorhergesehene Hindernisse eine längere Zeit fahren muß, so sollen und wollen, wie es vorgekommen ist, Lokomotivführer und Zugführer einfach den Zug in Stich lassen, ehe er sein Endziel erreicht hat. Dies ist ein großer Schaden für die Bahn und die Reisenden, der nicht einmal theoretisch begründet werden kann. Es gibt doch Stände, die, obwohl ihnen eine nur 8 Stunden dauernde Arbeit zu gönnen wäre, zum Wohl der Allgemeinheit davon keinen Gebrauch machen dürfen. Das sind unter andern die Ärzte. Sie müssen Tag und Nacht im Notfalle zur Verfügung stehen und haben selbst keine Sonntagsruhe. In kleineren Städten wird der Sonntagvormittag zur ärztlichen Befragung gerade bevorzugt, weil man an Wochentagen Arbeitsversäumnis hat. Es ist dies nicht unberechtigt und muß der Arzt im Interesse der Allgemeinheit schon seine Sonntagsruhe opfern. Auch bei den Dienstboten wird sich die 8-Stunden-Arbeit nicht so peinlich durchführen lassen. Aber man soll ihnen, falls nicht besondere Arbeit vorliegt, viel mehr freie Zeit zum Ausgehen und zu Besorgungen für sich selbst gewähren, als wie bisher Brauch gewesen ist. Auch zur Zeit der Ernte wird die 8-Stunden-Arbeit nicht ohne Schädigung durchgeführt werden können.

Für die Dienstboten und für die Landarbeiter sind ganz andere Verhältnisse auf Grund neuerer Anschauungen herbeizuführen. In erster Linie gehört hierzu, daß der Herrenstandpunkt fallen gelassen und eine mehr kameradschaftliche Gemeinschaft geschaffen wird. Wie die Arbeitgeber bei den Betrieben, so müssen auch die Gutsbesitzer und die städtischen Herrschaften ihren Herrenstandpunkt aufgeben. Gutsbesitzer wollen immer noch den Herrn spielen. Es ist sogar noch in der jetzigen Zeit verlangt worden, daß die herrschaftliche Kutsche gegrüßt wird, selbst wenn niemand darin sitzt. Das erinnert doch zu sehr an den Geßlerhut. So etwas hätte schon längst vor der Revolution unmöglich sein müssen. Auch hier müssen auf beiden Seiten Organisationen und Ausschüsse gebildet werden, welche durch gemeinsame Besprechungen und durch Lohntarife Verhältnisse schaffen, daß der Arbeitnehmer freudig arbeitet und Interesse für das Landgut und dessen Besitzer gewinnt. Nicht nur die Knechte, Dienstboten und Arbeiter werden hiervon Vorteil haben,

sondern auch die Landbesitzer selbst. Freudig arbeitende Arbeiter schaffen viel mehr, als wie unfreudige und widerwillige.

Ähnlich liegt es in der Dienstbotenfrage. Während früher bei den Bauern und auch sonst auf dem Lande ein mehr patriachalisches Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer bestand, hat sich in dem kapitalistischen Zeitalter immer mehr ein Herren- und Sklavenverhältnis entwickelt, besonders bei den Städtern. Gegen Dienstboten freundlich zu sein und für deren Wohl zu sorgen, wird nicht nur als unnötig, sondern sogar als unpassend empfunden. Während die Herrschaft bei Erkrankungen die höchste Rücksicht in selbstischer Weise beansprucht, wird bei der Erkrankung der Dienstboten keinerlei Rücksicht genommen. Die Dienstboten dürfen nicht krank sein, das ist zu störend. Auch die Ausgehzeit ist zu sehr beschränkt. Sie sollen vom frühesten Morgen bis in den spätesten Abend hinein für die Herrschaft tätig sein, selbst wenn eigentlich nichts zu tun ist, nur des Prinzips wegen. Auch hier muß ein mehr kameradschaftliches, gegenseitig rücksichtsvolles Verhältnis geschaffen werden zum Vorteil beider Parteien.

Bei dem nötigen Umlernen der Anschauungen und dem nötigen guten Willen auf beiden Seiten wird wohl eine goldene Mittelstraße zu finden sein, die den Arbeitnehmern eine goldige Gesundheit und goldigen Lohn und auch den Arbeitgebern ohne Ausnützung der Arbeiter Gold bringt.

Man will aber immer noch nicht von seinen Vorurteilen lassen. Und doch kann in anderer Weise das Feindschaftsverhältnis, das bisher zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern bestanden hat und noch besteht, nicht aus der Welt geschafft werden und anders wird zum Aufbau des Volksstaates die untere Volksschicht nicht in einer gesunden und für alle wohltätigen Weise in das Volksganze eingereiht werden können. Hier muß dauernd und unermüdlich gearbeitet werden.

Seit den 50er Jahren und besonders nach 70 des vorigen Jahrhunderts gelangte der Kapitalismus in Deutschland zur Herrschaft. Der rührige deutsche Kaufmann und der geschickte Techniker der Industrie machten Deutschland reich, sodaß es alle Völker bis auf England überflügelte und selbst dieses Land zu überflügeln drohte. Es ist dies die Grundursache des Weltkrieges, wie ja seit Alters her fast ausschließlich wirtschaftliche Gründe die Ursache von Kriegen gewesen sind. Neben diesen Lichtstrahlen des Kapitalismus stellten sich aber bedenkliche Schattenseiten ein. Es steigerten sich die Gewinngier und die Spekulationswut unter großer Rücksichtslosigkeit auf das Allgemeinwohl. Die Ideale schwanden immer mehr zu Gunsten einer verderblichen Genußsucht. Man war stolz darauf, daß Deutschland auf Kosten der Landwirtschaft ein Handels- und Industriestaat geworden. Man übersah allgemein,

daß Industrie, Handel und Landwirtschaft nicht gegensätzlich sein durften, sondern einheitlich Hand in Hand zu gehen haben. Dies waren und sind unhaltbare Zustände. Wir müssen an die Stelle der veralteten, überlebten und gefährlichen Wirtschaftsordnung eine höhere, großzügige Ordnung einführen, die geeignet ist, dem Kapitalismus, wie man zu sagen pflegt, die Giftzähne auszuziehen. Die Herrenstellung der Unternehmer gegen ihre Arbeiter ist vollständig ungerechtfertigt. Ebenso ist es ungehörig in Rücksicht auf das Allgemeinwohl, daß der volle Überschuß allein dem Unternehmer zufällt und daß die kaufmännischen und technischen Leiter ungeheure Summen erhalten, die in keinem Verhältnis stehen zu dem Gehalt der unteren Angestellten und zu dem Lohne der Arbeiter, die diese Überschüsse schaffen.

Man darf jedoch nicht das Kind mit dem Bade ausschütten. Der Unternehmer muß die Schaffenskraft und die Schaffensfreudigkeit behalten, weil sonst die Erzeugung der so notwendigen Güter sich in schädlicher Weise vermindern würde.

Über den Begriff und die Bedeutung von Sozialisierung herrscht, trotzdem sehr viel darüber geredet und geschrieben wird, noch immer eine recht große Unsicherheit. Eine sehr gute Klärung darüber bringt ein Aufsatz von Dr. Vollmann im „Ärztl. Vereinsblatt" vom 9. Juni 1919, dem man sich vollständig anschließen kann. Im Sinne der marxistischen Wirtschaftstheorie, von der wir hierbei ausgehen müssen, soll die Vergesellschaftung die Schäden und Sünden der kapitalistischen Betriebsweise dadurch beseitigen, daß sie Unternehmungen der Industrie, des Handels, des Verkehrs aus den Händen des kapitalistischen Unternehmers überführt in den Besitz und die Leitung der Gesellschaft. Die Vergesellschaftung hat den dreifachen Zweck, der Ausbeutung, der Einbehaltung des Mehrwertes durch die Unternehmer ein Ende zu machen, die Lage der beteiligten Arbeiter und Angestellten zu verbessern und die Volksgesamtheit am Ertrage des Unternehmers teilnehmen zu lassen. Übereinstimmung herrscht darüber, daß nicht nur eine gerechtere Verteilung der Güter anzustreben ist, sondern zugleich eine möglichste Vervollkommnung der Gütererzeugung, die der kapitalistischen Organisation nicht nachstehen darf. Voraussetzung ist für die Sozialisierung eines Betriebes also, daß er hierfür überhaupt reif ist, also, daß er einen hohen Grad von organisatorischer Entwicklung erreicht hat. Viele Betriebe sind eben deswegen nicht geeignet zur Vergesellschaftung, weil sie nicht genügend vorbereitet, nicht hinreichend organisiert sind. „Die Verwaltung der sozialisierten Betriebe soll keineswegs ausschließlich in den Händen des Staates liegen; es wird bewußt unterschieden zwischen Verstaatlichung und der Vergesellschaftung, bei welch letzterer der Staat nur einer der mitbestimmenden

Faktoren ist, während im „Verwaltungsrat" außerdem Vertreter der Arbeiter, Angestellten und Beamten wie auch der beteiligten Konsumentenkreise sitzen. Ein ganz wesentliches Moment bildet gerade die rechtlich gesicherte Mitbestimmung der Angestellten usw. durch ihre Ausschüsse, wodurch ihnen ein Einfluß auf die Gestaltung des Betriebes, des Abschlusses der Arbeitsverträge, die Verteilung des Gewinnes verschafft wird."

Es sind drei Arten in Aussicht genommen.

In erster Reihe dieser neuen Ordnung steht die Gemeinwirtschaft. Neben dem Erzeuger und dem Händler tritt mitbestimmend und mitgewinnend der Verbraucher, die Allgemeinheit. Neben dem Angestellten soll auch der Arbeiter in allen wirtschaftlichen Dingen gehört werden. Er soll in dem zentralen Selbstverwaltungskörper der Gemeinwirtschaft in gleicher Weise dem Unternehmer zur Seite gestellt werden. Er soll nicht nur die größtmögliche Förderung seiner Berufsinteressen finden, sondern darüber hinaus Einfluß auf seinen Wirtschaftszweig haben, soweit es das Gesamtwohl der deutschen Volkswirtschaft zuläßt.

An zweiter Stelle steht die Verstaatlichung bezw. Verstadtlichung Der Staat tritt als Kapitalist auf. Seine Angestellten und Mitarbeiter sind seine Beamten. In dem System herrscht starker Bürokratismus, der möglichst durch Selbsttätigkeit anstatt Verordnungen von oben herab ausgemerzt werden muß. Hat der Staatskapitalismus einen fiskalischen Untergrund mit Rücksichtslosigkeit auf öffentliche Interessen, so ist er nicht besser als der gewinngierige Kapitalismus, nur daß der Gewinn in die Tasche des Staates fällt. Kürzlich hat ein Minister der neuen Regierung eine Verordnung erlassen, daß Grund und Boden ohne Rücksicht auf Bauland an Händler veräußert wird, um möglichst viel Geld einzuheimsen. Dies ist vollständig gegen den Geist der neuen Ordnung. Es ist dringend notwendig, daß diese Verordnung baldigst aufgehoben wird.

An dritter Stelle stehen die Staatsmonopole. Bismarck wollte seinerzeit bereits das Tabaksmonopol für das Reich einführen, um dieses durch eigene Einnahmen von den Beiträgen der Bundesstaaten unabhängig zu machen und auf eigene Füße zu stellen. Von dem Reichstage wurde dieser gesunde Gedanke kurzer Hand abgelehnt. Es sind eine große Reihe Monopole zur Verstaatlichung reif und wird hier für den Staat eine reichliche Geldquelle sich eröffnen.

Vertrustungen, welche den Zweck der Preistreibereien und der Ausnutzung der ganzen Bevölkerung haben, sind selbstverständlich zu unterdrücken.

Um all diese Pläne durchzuführen, dazu braucht der Staat sehr viel Geld. Weil es fehlt, wird manches liegen bleiben. Es ist deshalb unbedingt

eine ganz andere Geldwirtschaft einzuführen. Wir müssen uns frei machen von der Metallwährung, die uns vom Auslande abhängig macht. Anstatt dessen ist eine reine Papierwährung einzuführen, wie sie bereits anfangs dieses Jahrhunderts von Stadtrat Schüßler (Köpenick) vorgeschlagen wurde, die aber damals trotz ihrer ungeheuren Vorteile bei der Herrschaft des Kapitalismus ganz unberücksichtigt blieb. Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, sie durchzuführen.

Eine Staatsbank hat das Recht, so viel Papiergeld auszugeben, als Werte im Lande vorhanden sind. Sie hat das alleinige Recht, den politischen Körperschaften, wie Reich, Staat, Provinz, Kreis, Gemeinden mittels neuer Banknotenausgaben Darlehen zu bewilligen gegen die Verpfändung der von diesen Körperschaften erworbenen bezw. hervorgebrachten Güter. Ebenso können auch an Private oder Genossenschaften direkt oder indirekt durch obige Körperschaften in derselben Weise Darlehen ausgegeben werden.

Die Staatsbank hat nun aber ferner gar kein Interesse daran, der Gemeinsamkeit, also sich selbst, Zinsen abzunehmen. Es würde also jede Zinszahlung fortfallen und die Tilgung der Darlehen nur durch einfache allmähliche Rückzahlung stattfinden. Auch der Staat als solcher würde sich aus den Sklavenketten des Großkapitals wieder frei machen. Er braucht keine Anleihe zu machen, noch Zinsen zu zahlen. Er hätte stets Geld, um die Güter des Staates zu vermehren, was er bei dem fehlenden Metall nicht kann. Bei Bauten, die ihren Abnutzungswert selbst decken durch Einnahmen, wie bei Eisenbahn- und Kanalbauten, können Darlehen ohne weiteres bewilligt werden. Hier kommen direkte Einnahmen, welche den Abnutzungswert nicht nur decken, sondern sogar weit übersteigen. Dies ermöglicht dann, daß auch für rein ideelle Zwecke die nötigen Mittel vorhanden sind. Kein Unternehmen ist zu groß, als daß es nicht sofort ausgeführt werden könnte.

Und nun die Gemeinden! In dem zinslosen Gemeindekredit liegt der Keim der natürlichen Selbstentwicklung zur höchsten Volkswohlfahrt, zur vollkommenen praktischen Lösung der sozialen Frage.

Jede Ortsgemeinde kauft nach und nach mittels des ihr zur Verfügung stehenden zinslosen Staatsbankkredits allen Grund und Boden ihrer Umgebung auf, ebenso alle diejenigen Privatbetriebe ihres Ortes, deren Erzeugnisse sie zu verbrauchen fähig ist. Diese verkauft sie dann zum Selbstkostenpreise an ihre Einwohner. Durch den gemeindegenossenschaftlichen Betrieb kann außerordentlich viel an Unkosten und an Menschenarbeit gespart werden. Die gewaltigen Einnahmen fließen der Gemeinsamkeit zu und verschwinden nicht in die Taschen von Milliardären.

Durch die Einführung der Papierwährung würden die Banken, würde die Börse, welche einst der Minister Maybach als Giftbaum bezeichnete, unnötig werden. Sie würden von der Bildfläche verschwinden. Da all und jeder zinslose Darlehen erhalten könnte, würden ihre Gelder zinslos darliegen. Das Papiergeld würde keine Kursschwankungen haben, wie das Metallgeld, auch hier würde nichts zu verdienen sein. Den Wucherern würde die Gelegenheit zum Wuchern genommen werden. Auf das arbeitende Kapital sowie auf die Aktiengesellschaften würde die Papierwährung keinen hemmenden Einfluß ausüben. Hier werden Gewinnüberschüsse (Dividenden) verteilt, nicht Zinsen eines ruhenden Kapitals. Der Unterschied zwischen Arm und Reich würde verschwinden. Die angesammelten Gelder trügen keine Zinsen und könnten nur durch Erzeugung von gewinnbringenden Gütern sich vermehren. Wer arbeitete und schaffte, würde immer Geld zur Verfügung haben. Arme und Reiche würden nur dadurch entstehen, daß erstere faul und letztere arbeiteten, während heute umgekehrt der nicht schaffende, sondern spekulierende und ohne Arbeit seine Zinsen Einstreichende reich wird, der Fleißige aber trotz aller Anstrengung nicht wohlhabend wird.

Wie würde es aber mit dem Auslande werden, da wir uns nicht abkapseln könnten? Der Ausfuhrhandel würde in der früheren Weise nicht fortgeführt werden können, wohl aber könnte sich wieder ein *gesunder* Handel entwickeln. Hierbei würde es sich aber nur um Austausch von Produkten handeln, aber nicht um Warenabsatz zur Gewinnung von Geld. Damit würden dann die Kriege erzeugenden internationalen Geschäftshetzen beseitigt. Ein Staat, dessen Boden fähig ist, alle Wünsche des Volkes zu erfüllen, bedarf zur Erhaltung nicht einmal des Austausches von Produkten. Da dies im Allgemeinen nicht der Fall, besonders auch für Deutschland nicht, so wird das Bedürfnis vorliegen, überflüssige Rohstoffe und Produkte gegen mangelnde umzutauschen. Das braucht aber nicht einmal durch Privat-Einfuhr oder Ausfuhr zu geschehen, die dies zu Spekulationszwecken leicht *benützt*, sondern kann zwischen den Staaten direkt geregelt werden. Auch die Kolonien kämen zur Geltung, die uns vorläufig ja leider geraubt sind.

Schließlich würde jeder Kulturstaat, wenn erst einer begonnen hat und die großartigen Erfolge sich zeigten, gleichfalls die Papierwährung einführen. Somit würde mit Leichtigkeit ein Austausch des Papiergeldes möglich sein, was besonders für den Reiseverkehr wichtig, der sich nicht nur, weil die Masse mehr Geld hat, stark vermehren würde, sondern auch, weil die Stellung der Völker zueinander wegen des fehlenden Konkurrenzkampfes eine viel freundschaftlichere Form annehmen würde.

Deutschland kann sich allein retten durch die Papierwährung, darf daher mit der sofortigen Einführung nicht zögern. Amerika und England wollen uns mit ihren Kapitalien überfluten und uns zu ihren Zinssklaven machen. Hier können wir ihnen einen Strich durch die Rechnung machen und sie um die Früchte bringen, um deren Willen sie den Krieg begonnen und geführt haben. Dies brächte neben unsern großen wirtschaftlichen Erfolgen auch noch eine besondere Schadenfreude und eine Befriedigung des Rachegefühls gegen unsere brutalen Feinde.

Sollte es dem deutschen Volksstaate gelingen, nach Wiederherstellung von Zucht und Ordnung mit Geschick die neue Wirtschaftsordnung durchzuführen, so wird Deutschland den anderen Völkern ein wirtschaftliches Vorbild sein. Der deutsche Geist wird dann wieder zur Geltung kommen. Anstatt einer militärischen wird eine geistige Überlegenheit eintreten.

Der Handel soll frei sein, jedoch keine Freiheit haben zu künstlichen Preistreibereien, zum Übervorteilen wie zum Betrügen. Gegen solche Machenschaften muß durch die Gesetzgebung in der schärfsten Weise mit entehrenden Strafen vorgegangen werden.

Bereits Jahrhunderte vor Christi Geburt kämpfte der große griechische Philosoph Aristoteles gegen den Geist der levantinischen Händler des Morgenlandes, die Verkäufer und Käufer übervorteilten und betrogen. Er stellte die Aequivalenztheorie gegen dies Gebahren auf. Kaufs- und Verkaufswert und der Händlergewinn sollten in ein Gleichgewicht gebracht werden. In unserer Zeit hat Professor Dr. Ruhland die Aristotelische Forderung aufgenommen und alle Einzelheiten für ihre Verwirklichung angegeben, besonders auch ein neues Recht als dringend notwendig bezeichnet. Wie alle Verbesserungsvorschläge der Neuzeit sind auch diese vom alten System unbeachtet geblieben. Der Händlergeist des Morgenlandes hat sich auch über das Abendland verbreitet und hat während des Krieges auch bei uns schimpfliche und beschämende Formen angenommen, die unbedingt beseitigt werden müssen. Das Ehrenschild des Handels muß von diesen Schmutzflecken gesäubert werden.

Der Zwischenhandel war früher bei den mangelhaften Verkehrsmitteln eine zwingende Notwendigkeit. Jetzt ist er vielfach unnötig und muß möglichst ausgeschaltet werden, denn er schafft den Boden für die unlauteren Machenschaften und verteuert durch den unverhältnismäßig hohen Gewinn für sich die Erzeugnisse und besonders die Lebensmittel auf Kosten der Erzeuger und Verbraucher in ganz unzulässiger Weise. Es ist wünschenswert, daß Verbrauchsgenossenschaften, wie die Konsumvereine, mit dem Erzeuger in unmittelbare Verbindung treten.

Um dem Schleich- und Kettenhandel mit ihren Wucherpreisen zu steuern, sind die Gemeinden mit der Selbstverwaltung der Lebensmittel zu Gunsten der Allgemeinheit zu betrauen unter Leitung des Gemeindevorstehers und des Gemeindevorstandes und unter Beaufsichtigung des Amtsvorstehers und des Landrates. Es sind zunächst die überschüssigen Lebensmittel festzustellen, die nicht selbst verbraucht werden. Für die zum Verkauf vorhandenen ist ein angemessener Preis zu vereinbaren. Sie sind aber nur an Selbstverbraucher und an städtische Gemeinden zu verkaufen, nicht an Zwischenhändler und Aufkäufer. Hierbei ist die Aufsicht des Amtsvorstehers und des Landrates von größter Wichtigkeit. Auch die Pfarrer könnten hier einen recht gedeihlichen Einfluß ausüben, wenn sie ihre Stellung richtig erfaßten.

Wie ein gesunder Handel mit Lebensmitteln so ist auch eine gesunde Landwirtschaft die Vorbedingung zur Regelung der Magenfrage.

Die Landwirtschaft muß viel mehr als bisher gepflegt werden. Der Grund und Boden des Landes muß so ausgenutzt werden, daß die Bevölkerung möglichst von den eigenen Landeserträgen sich ernähren kann. Dies ist bisher nur zu $^2/_3$ der Fall gewesen. Der Staat hat dafür zu sorgen, daß brauchbares Land auch beackert, daß unbrauchbares brauchbar gemacht wird. Dementsprechend dürfen keine Luxusgüter geduldet werden und sind Moorkulturen eifrigst zu betreiben und Heideland bestellbar zu machen.

Dr. Ziegelroth (Krummhübel) verlangt in seiner sehr beachtenswerten Schrift: „Die Sicherstellung der deutschen Volksnahrung", daß jedes nur irgendwie verfügbare Gartenland, jeder Ziergarten, alle Schmuck- und Rasenplätze, alle Parks, alle Kahlschläge der Wälder daraufhin geprüft werden, ob und welche Nährwerte auf ihnen gedeihen können, und daß die Beackerung sofort in Angriff genommen werde. Es ist dies gegenwärtig um so dringender notwendig, als uns vom Auslande die bisher bezogenen Nahrungsmittel nicht zukommen oder zu unerschwinglichen Preisen geliefert werden. Was uns am meisten fehlt, ist zur Zeit Eiweiß und Fett. Zum Ersatz hierfür kommen in Frage die Ölfrüchte: Lein und Mohn, die Eiweißfrüchte: Bohnen und Erbsen. Hiermit muß reichlich Acker besät werden, soweit irgend Saatgut zu beschaffen ist. Hier dürfte nicht gezögert werden. Es handelt sich um Sein oder Nichtsein des deutschen Volkes.

Die Güter dürfen durch Spekulationen nicht künstlich im Preise steigen, weil hierdurch auch die Lebensmittel verteuert werden. Der Staat hat die Aufsicht darüber zu führen, daß Güter nur von Landwirten gekauft werden, welche das Land bestellen wollen, nicht von Spekulanten, welche mühelos auf Kosten der Allgemeinheit ein Wuchergeschäft machen wollen.

Zu große Güter sollen nicht bestehen bleiben. Es ist der Schwerpunkt auf Bauerngüter zu legen, weil der Bauer mittelst seiner eigenhändigen

Bewirtschaftung des Bodens billigere und reichlichere Erträgnisse erzielen kann, als der Großgrundbesitzer. Zweckmäßig ist es aber, wenn große Güter durch Abspaltung von Bauerngütern von solchen rings umgeben sind. Der Großbesitzer, der sich alle neuesten Erfindungen und Maschinen anschafft, übermittelt damit auch, besonders durch Verleihen der Maschinen, den Bauerngütern den technischen Fortschritt zur Ausnutzung des Bodens. Letztere aber schaffen durch ihre zahlreichen Kinder für den Großbesitzer tüchtige Arbeitskräfte, so daß er nicht genötigt ist, russische und polnische Arbeiter ins Land zu ziehen.

Die Wohnungs- und Lohnverhältnisse sind vielfach auf dem Lande schlecht und mangelhaft. Es ist dafür zu sorgen, daß der Landarbeiter gesund lebt und arbeitsfroh wird und daß er durch eigenhändige Bewirtschaftung eines eigenen Stückchen Landes seine Familie auskömmlich versorgen kann. Dadurch kräftigt sich die Liebe für das Land und schwindet die Neigung, in die Städte abzuwandern. Auch durch die Errichtung von Kriegerheimen für invalide Krieger wird die Landbebauung und die Vermehrung der Landbevölkerung in günstigster Weise beeinflußt. Dringend notwendig ist es aber zu verhüten, daß diese Heime in Wucherhände fallen und Spekulationsobjekte werden.

Um alle diese Dinge zu regeln, ist ein Bodenreformrecht dringend erforderlich. Schon seit mehreren Jahrzehnten ist ein solches mit allen Einzelheiten der alten Regierung von Adolf Damaschke vorgeschlagen, man hat tauben Ohren gepredigt. Hoffentlich hat die neue Regierung für diese zur wirtschaftlichen Gesundung durchaus notwendige Gesetzgebung mehr Verständnis, da ja ihre Partei gegen die wucherischen Machenschaften der Geldmächte bisher gekämpft hat. Der Abgang der Landbewohner in die sittlich und physisch ungesunden Großstädte ist ein Verderb für den Staat. Auf dem Lande entstehen ihm aus den kinderreichen Familien die kräftigsten und tüchtigsten Menschen.

Der Staat baut sich auf Familien auf. Zum eigenen Wohl muß daher das Wohl der Familien im vollsten Maße wahrgenommen werden. Notwendig ist eine umfassende Mutter- und Kindesfürsorge auf gemeinwirtschaftlicher Unterlage. Für gute Ernährung und gesunde Wohnungen muß Sorge getragen werden. Durch den Bodenwucher und die dadurch bedingten hohen Bodenpreise sind Kasernenhäuser ohne Licht und Luft und trotzdem mit hohen Mietspreisen an der Tagesordnung. Das Bodenreformgesetz kann auch hier nur allein den Bau von gesunden Einzelhäusern ermöglichen und die Kinder in frischer Luft aufwachsen lassen. Das Familienhaupt muß soviel durch seine Arbeit verdienen, daß die Frau nicht gezwungen ist, durch Arbeit außerhalb des Hauses mitzuverdienen. Die Mutter muß genügend Zeit zur Pflege und Erziehung der Kinder haben.

Verwahrloste Kinder sind nicht in frömmelnden geschlossenen Anstalten, sondern in offenen Anstalten auf dem Lande durch Milde und durch Selbsterziehung zur Ordnung und zur Arbeitsfreudigkeit in freier Natur zu erziehen.

Für Waisenkinder sind Kinderheime auf dem Lande zu errichten, um abgesehen von der kräftigenden Landluft in ihnen den Sinn für das Land und für die Arbeit auf dem Lande zu erwecken.

Die unehelichen Kinder und Mütter werden aus unangebrachter Frömmelei und aus Selbstsucht der Väter mit fast an Unmenschlichkeit grenzender Härte behandelt. Das Kind hat keinen gesetzlichen Anspruch an den natürlichen Vater. Nach dem Code Napoleon ist die Feststellung des Vaters sogar untersagt. Die Mutter trägt allein alle Schande und Not und Sorge und wird dadurch zur Verzweiflung und zu verzweifelten Handlungen getrieben. Dies sind unhaltbare Zustände. Sie müssen von Grund auf geändert werden. Der Vater muß ebenso wie die Mutter für das Kind eintreten, damit es ein nützliches Mitglied der Gesellschaft wird.

Wichtig ist der weitere Ausbau der Gesundheitspflege, nicht bloß in den Städten, sondern besonders auch auf dem Lande. Das gesamte Gesundheitswesen muß unter einem eigenen Ministerium stehen, dessen Leiter naturgemäß ein Arzt sein muß.

Auch die Krankenkassen gehören zum Gesundheitswesen und müssen dementsprechend unter dessen Ministerium stehen. Hier muß manches geändert und gebessert werden. Unzulässig ist es, daß die Beamten wohl hohe Gehälter beziehen, die Kranken und noch mehr die Ärzte dagegen zu kurz kommen. Die Ärzte, ohne die Krankenkassen nicht denkbar, beziehen ganz geringwertige Löhne, was, wenn die Ärzte nicht vom Pflichtgefühl gegen die Kranken erfüllt wären, leicht zu deren Nachteil ausschlagen könnte. Die freie Arztwahl ist durchweg einzuführen, damit der Kranke sich von dem Arzte seines Vertrauens behandeln lassen kann, was für die schnellere Heilung nicht ohne Belang ist. Die Kassenbeamten sträuben sich vielfach gegen die freie Arztwahl und sind für angestellte Kassenärzte, weil sie über diese eine größere Macht haben. Sie wollen die Herren im Hause sein, wie die kapitalistischen Unternehmer. Die Kassenärzte, somit den größten Teil der Ärzteschaft überhaupt zu verstaatlichen und sie zu Angestellten der Kassenvorstände zu machen, wäre keine Sozialisierung, sondern umgekehrt ein Rückfall in ein kapitalistisches Unternehmertum. Der Ärztestand würde geistig und wirtschaftlich stark sinken und demnach auch das ganze Gesundheitswesen in unheilvoller Weise beeinflußt werden.

Auch die vielen Wohlfahrts- und Wohltätigkeits-Vereine müssen zusammengefaßt und dem Ministerium für Volkswohlfahrtswesen

unterstellt werden. Auch hier gehen zu viel Gelder unnötig für die Unternehmer und Leiter verloren. Zu achten ist darauf, daß stets größere Summen zur Verfügung stehen, damit bei plötzlichen großen Naturereignissen, wie Erdbeben und Überschlemmungen sofort helfend eingegriffen werden kann.

In einem Volksstaate muß das Schlagwort „Freie Bahn dem Tüchtigen" greifbare Formen annehmen und Fleisch und Blut werden zum Wohle der Allgemeinheit.

Hierzu ist es notwendig, daß die freien Berufe, wie Ärzte und Rechtsanwälte, auch künftighin frei bleiben und nicht als Beamte verstaatlicht werden: Es sind nur Änderungen auf gemeinwirtschaftlicher Unterlage zulässig. Auch dem Privatgelde muß für Unternehmungen freie Bahn bleiben, weil es das Interesse am Erwerb lebendig erhält und zu weiterer Tätigkeit anspornt, die wiederum neue Arbeitsplätze schafft.

Die Lehrpläne unserer Schulen — Volksschule, Mittelschule, höhere Schule — müssen ineinander übergehen, um befähigten Schülern aus dem Volke den Aufstieg zu ermöglichen. Es wird außerdem dadurch eine gleichartige, nur dem Umfange nach verschiedene Ausbildung erzielt, auch werden die verschiedenen Volksschichten immer näher gebracht. Auf die Einzelheiten der Lehrpläne einzugehen, würde zu weit führen. Nur das muß hervorgehoben und verlangt werden, daß den Naturwissenschaften ein hervorragender Platz in ihnen eingeräumt werden muß. Unsere Anschauungen dürfen sich nur auf dem aufbauen, was ist, am Himmel und auf Erden. Wir müssen vor allen Dingen die physischen Lebensbedingungen und die Entwicklung des Menschen — Biologie — kennen lernen. Schon um uns gesund erhalten zu können, aber auch, um die geistigen Vorgänge verstehen zu lernen. Wir müssen den Blick für die Wirklichkeit erhalten und dürfen uns nicht in theoretischen Anschauungen verkapseln, die der Wirklichkeit nicht entsprechen. Nur wer den klaren Blick für die Wirklichkeit sich erworben hat, ist befähigt, im Volksstaat eine führende Stellung einzunehmen. Daß es uns an solchen Männern so vollständig fehlt, ist die Folge davon, daß wir bisher auf Kosten der Naturwissenschaften und der Wahrheit in Richtungen bei dem Schulunterricht getrieben worden sind, welche die geistigen Augen nicht geöffnet haben.

Die studentischen Verhältnisse auf den Hochschulen bilden eine arge Brutstätte für Gegensätzlichkeiten. In der Studentenschaft bekämpfen sich die Verbände untereinander auf das Schärfste. Kampf, Hader, Verrufe fast aller gegen alle. Nirgends eine Spur von Gemeinschaftlichkeit und Gemeinsinn.

Vor mehr als hundert Jahren versuchte die Allgemeine Deutsche Burschenschaft den Sinn für Einheit und Gemeinsamkeit nicht nur in der Studentenschaft, sondern auch im deutschen Vaterlande groß zu ziehen. Diese

höchst ideale und großen Erfolg versprechende geistige Bewegung wurde von Staatswegen unterdrückt und im Keime erstickt. In den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts nahm der Bund der neuen Burschenschaften (ADB.) die Bestrebungen der Urburschenschaft wieder auf und versuchte Einigkeit in der Studentenschaft und im Innern Deutschlands in die Wege zu leiten. Die Bestrebungen scheiterten an der Gleichgültigkeit der Studentenschaft und der staatlichen Behörden. Letztere hemmten sogar unter Umständen. Man drückte vor den Zweikämpfen und den dauernden gegenseitigen Befehdungen nur zu gern die Augen zu. Die Studenten waren dadurch vollständig in Anspruch genommen und bekümmerten sich nicht um Politik. Dies gerade wünschte man. Und doch ist umgekehrt nichts dringender notwendig, als daß der Student sich einen unparteiischen Einblick in die politischen Verhältnisse verschafft, um später als Leiter und Führer der Volksmassen mit Verständnis, ohne Vorurteile und nicht parteibefangen auftreten zu können. Es war dies eine höchst arge Versündigung des alten Systems. Sie ist erhöht worden dadurch, daß die 1888 preisgekrönte Schrift von Dr. Eugen Wolff, jetzigen Professor der Litteratur in Kiel: „Zweck und Mittel einer einheitlichen Organisation der deutschen Studentenschaft" vollständig unbeachtet blieb. Und das, trotzdem Eugen Wolff sich direkt an die staatlichen Behörden wandte und ihnen Mittel und Wege zeigte, durch die den unhaltbaren Zuständen zwar nicht auf einmal, doch allmählich gesteuert werden konnte. Er schlug vor, daß die Kultusminister oder die Ministerialdezernenten der deutschen Staaten unter Zuziehung von Universitätsprofessoren eine Verordnung für einen allgemeinen studentischen Ausschuß ausarbeiteten. Dieser Ausschuß sollte nicht bloß ein Festkomitee sein, sondern die gesamte Vertretung der Studentenschaft nach innen und außen und die Verwaltung von all den in großer Anzahl zu schaffenden gemeinnützigen Einrichtungen der Studierenden in Händen haben. Jeder Verband, jeder Verein, jede Gruppe sollte entsprechend der Anzahl ihrer Mitglieder Vertreter in diesen Ausschuß senden. Die Aufgaben desselben sollten sein: Leitung von Festen und Aufzügen, Verschaffung von Vergünstigungen (Theater), Leitung der akademischen Lesehalle und Redehalle, Beaufsichtigung der für die Studentenschaft jeder Universität zu schaffenden Turn- und Fechthalle, die Errichtung eines Beschäftigungsnachweises, einer Darlehnskasse, die Leitung eines Schiedsgerichts, das bei Ehrenhändel Vergleichsversuche vorzunehmen habe. Für dieses Schiedsgericht war von der „Deutsch-akademischen Vereinigung" ein Organisationsentwurf und ein Reichs-Duellgesetz bereits 1886 eingereicht worden. Es unterliegt keinem Zweifel, daß durch solche Maßregeln zwar nicht unvermittelt die Jahrhunderte lang nun einmal eingenistete Unsitte des Zweikampfes aus dem Studentenleben herausgerissen werden konnte, daß aber ein allmählicher Ersatz durch ehrengericht-

liche Austragung angebahnt und somit den Einigungsbestrebungen durch Beseitigung des Hauptstörenfrieds in die Wege gearbeitet werden konnte. Auf der einheitlichen Grundlage werde der Inhalt des Studentenlebens ein tieferer sein und die Universitäten werden die ihnen anvertrauten Jünglinge als körperlich, wissenschaftlich und sittlich starke, als echte Männer ins Leben senden. Und solche Männer braucht jetzt und zukünftig das neue Deutschland mehr als je. Auf der Jugend beruht die Zukunft. Man kann nicht genug für die Jugend tun. Das wird die jetzige Regierung sicherlich einsehen und das um so mehr, als der jetzige Reichsminister Dr. David als Student gleichfalls eine preisgekrönte Schrift über „Zweck und Mittel einer einheitlichen Organisation der deutschen Studentenschaft" geschrieben hat. Im Volksstaat muß Selbstverwaltung herrschen und diese soll und muß die akademische Jugend zeitig erlernen.

Die Begünstigung und Förderung der Befähigten ist sehr erwünscht, nicht aber Günstlings- und Vetternwirtschaft Unbefähigter.

Es muß eine Behörde geschaffen werden, welche die vielen geistigen Anregungen aus dem Volke prüft. Urheber von guten Ideen sind zur Mitarbeit zu gewinnen. Die Erfinder sind vor Schädigung und wucherischer Ausnutzung zu schützen. Das jetzt bestehende Patentgesetz ist Erfinderfeindlich und muß von Grund auf umgeändert werden, wobei die amerikanischen Grundsätze als Vorbild dienen können.

Wir müssen eine geistige Aristokratie heranbilden, anstatt der bisherigen Aristokratie durch Geburt. Jeder Mensch soll von Geburt gleichwertig sein. Aber die weitere Entwicklung läßt keine Gleichheit zu. Jeder entwickelt sich seinen Anlagen entsprechend verschieden. Und gerade dies ist außerordentlich wichtig für den Fortschritt. Die große Masse, auch wenn sie gut organisiert ist, kann als solche die Vorwärtsentwicklung nicht bringen, dies können nur einzelne Persönlichkeiten mit hervorragender Begabung, die geistigen Aristokraten. Beide getrennt sind aber machtlos und ohne Wirkung. Fest organisierte Massen unter Leitung geistiger Aristokraten bringen uns allein vorwärts.

Zur Führereigenschaft gehören freilich außer Wissen und geistigen Fähigkeiten auch Charakter, Ehrenhaftigkeit und ein starker Wille zum Schaffen. Parteimänner sind hierzu nicht geeignet, weil sie ihren Willen und geistige Fähigkeiten, wenn sie überhaupt solche haben, aus Rücksicht auf ihre Partei nicht voll und ungehemmt anwenden können. Parteiwesen führt ja leider zur Begünstigung der Parteigenossen, auch wenn sie unfähig und in ihrem Charakter und ihrer Ehrenhaftigkeit nicht einwandsfrei sind.

Man darf sich aber nicht als Führer den Arbeitern aufdrängen, weil dies leicht Mißtrauen hervorrufen kann. Am besten ist es, wie es bereits mehrfach

mit Erfolg ausgeführt ist, wenn man zunächst als Arbeiter selbst tätig ist, um den Beruf kennen zu lernen und um den Arbeitern zu zeigen, daß man auch ihre Arbeit leisten kann und darüber hinaus auch geistige Führereigenschaften hat.

Die freien Berufe sind am meisten geeignet, uns geistige Aristokraten heranzubilden, besonders wenn sie auf gemeinwirtschaftlicher Unterlage aufgebaut werden. Beamte, die von oben herab befehligt werden, können geistige Aristokraten nicht werden, können auch keine Werte schaffende und sich steigernde Tätigkeit leisten.

Der Arzt muß noch mehr als bisher von vornherein in der Gesundheitspflege ausgebildet werden. Seine Hauptaufgabe muß sein, Krankheiten zu verhüten. Er schneidet sich freilich dadurch in sein eigen Fleisch und sägt den gewinnbringenden Ast ab, auf dem er sitzt, Krankheiten zu heilen. Dies muß in anderer Weise ausgeglichen werden. Es sollte wieder das früher so übliche segensreiche Hausarztwesen gepflegt werden. Es ist nötig, daß der Arzt die Familienmitglieder von Jugend auf beobachtet, um beizeiten Krankheiten abzuwenden und bei der Wahl eines Berufes mitzusprechen. Es sollte sich gleichzeitig auch die chinesische Sitte, seinen Arzt zu bezahlen, bei uns einbürgern. Je weniger ein Hausarzt in einer Familie zu behandeln nötig hat, um so höher fällt sein Entgelt aus, während bei häufigen Erkrankungen er nur das übliche hausärztliche Honorar erhält. Bisher war es umgekehrt.

Die Rechtsprechung muß von vielen Unzulänglichkeiten befreit und vielfach nach anderen Grundsätzen aufgebaut werden.

Durch das römische Privatrecht üben die Gesetze, die ursprünglich zum Schutze der Schwachen und Armen gegeben, die entgegengesetzte Wirkung aus. Sie sind zum Schutze der Kapitalkräftigen geworden und werden mit Hilfe des Staates benutzt, die Schwachen noch mehr zu bedrücken. Aus dem wohltätigen arbeitenden Kapital ist ein Zinskapitalismus geworden, durch den Schaffende und Arbeitende ausgesogen werden. Wir sind Schuldsklaven des Kapitals geworden. Während die alten Römer ein Interesse daran hatten, ihre Sklaven durch gute Ernährung arbeitsfähig zu erhalten, müssen die Schuldsklaven für das Kapital arbeiten, ohne daß für ihre Ernährung gesorgt wird. Und sind sie arbeitsunfähig, so werden sie von Rechtswegen im Namen des Staats mittellos auf die Straße gesetzt. Durch Subhastationen — der Name rührt von einem altrömischen Brauche her — werden die Schwachen um alles gebracht. Ist ein wertvolles Grundstück bis zur Hälfte von einer Bank beliehen und ist der Besitzer wegen der Zinsen in Zahlungsschwierigkeiten geraten, so kündigt die Bank das Kapital. Von dem Grundstück ein Teil zu verkaufen, wird von der Bank nicht zugestanden. Es kommt zur Subhastation. Andere Bieter als die Bank sind selten vorhanden, da wenige so viel Geld zur Verfügung haben, um der Bank sofort ihre Forderung auszuzahlen. Diese ersteht

das wertvolle Grundstück zu der Hälfte des Wertes. Der eigentliche Besitzer verliert alles, hat dafür aber noch die Kosten der Subhastation zu tragen. Das ist im Rahmen des Gesetzes doch ein reines Raubsystem. Hier führt das römische Privatrecht seinen Namen mit Recht, denn privare bedeutete in der altrömischen Sprache „rauben". Es ist endlich an der Zeit, daß das römische Privatrecht durch ein deutsches Recht ersetzt wird, wie es schon seit Jahrzehnten angestrebt worden ist, so besonders bei Abfassung des Bürgerlichen Gesetzbuches. Es war verlorene Mühe. Der Zinskapitalismus ließ es nicht zu und die leitenden Juristen haben ebenso wie die Laien keine Ahnung von den kapitalistischen Machenschaften.

Wir werden ferner von einer Paragraphenherrschaft geknechtet. Und dabei sind die Paragraphen nicht aus dem Rechtsbewußtsein des Volkes hervorgegangen, sondern künstlich aufgebaut. Der Richter ist in seiner Rechtsprechung zu sehr an die Paragraphen gebunden. Ein Gauner, der geschickt diese zu umgehen weiß, muß freigesprochen werden. Ein Rechtschaffner, der im Bewußtsein seines Rechts gegen Paragraphen verstößt, muß verurteilt werden.

Besonders das Strafrecht muß von ganz anderen Gesichtspunkten gehandhabt werden. Die Strafe wird als Sühne für ein Verbrechen verhängt. Das ist antisozial. Dies schützt nicht die Gesellschaft, was der Hauptzweck sein muß. Zuchthäuser und Gefängnisse führen nicht zur Besserung der Bestraften, sondern zu einer Verschlimmerung, unter der die Gesellschaft zu leiden hat. Man muß unbedingt danach trachten, die Verbrecher in geordnete Verhältnisse zu bringen und sie zur Arbeitslust und zur Arbeitsfreudigkeit zu erziehen, was für die Verbrecher wie für die Gesellschaft in gleicher Weise von großem Vorteil sein würde.

Sehr zu berücksichtigen sind die erblichen Anlagen. Vielfach stammen die Verbrecher aus Trinker- und luetischen Familien. Hier muß eine Weitervererbung verhütet werden. Es ist deshalb eine Absonderung dringend erforderlich, aber nicht in Gefängnissen, sondern auf abgesonderten Arbeitsplätzen. Hier berührt sich Gesundheitspflege und Rechtspflege.

Dasselbe ist auch beim Irrenrecht der Fall. Auch hier bestehen sehr viele Unzulänglichkeiten. So werden lästige Querulanten als vermeintlich Irre in Irrenanstalten festgehalten, um sie loszuwerden.

Seit Jahrzehnten kämpft Prof. Lehmann-Hohenberg für eine eingreifende Änderung der Rechtspflege. Trotz allen Bemühungen, die selbst vor Anklagen und Bestrafungen nicht zurückschreckten, hat er nichts erreichen können. Hoffentlich hat er in der Neuzeit besseren Erfolg. Die Rechtspflege muß sozial sein, d. h. sie muß den Schutz der Gesellschaft im Auge haben. Dementsprechend muß sie uns vor allen Dingen auch von den Preistreibereien, von den Schie-

bern, von dem Kettenhandel, unter welchen Dingen die Gesellschaft außerordentlich leidet, befreien können.

Die religiösen Verhältnisse, wie sie gegenwärtig bestehen, werden sich schlecht in das neue soziale Deutschland einfügen lassen. Wir haben ein Kirchenregiment, eine Hierarchie, wie im zusammengebrochenen Staat ein Befehlen von oben herab. Außerdem ist durch das scharfe Betonen der Bekenntnisse eine kaum überbrückbare Gegensätzlichkeit vorhanden. Das Unheil für gesunde religiöse Verhältnisse sind die Dogmen. Man hat vollständig übersehen, daß Bekenntnisse, die auf Dogmen aufgebaut, und Religion sich widersprechen und sich unter Umständen vollständig ausschließen. Religion ist Herzens-, ist Gemütssache, Bekenntnis Verstandessache. Jemand zum Glauben eines bestimmten Bekenntnisses zu zwingen ist das Schädlichste für die Entwicklung der Religion. Der Verstand entwickelt sich seinen Glauben aus sich selbst heraus und läßt sich ihn nicht aufzwingen. Das führt zum verständnislosen Nachbeten und zur Heuchelei. Vor allen Dingen dürfen die Lehren, welche die Kirchen als Religion ausgeben, den naturwissenschaftlichen Erkenntnissen nicht widersprechen. Das tun aber Bekenntnisse. Sie schaffen dadurch wieder einen Gegensatz zwischen Kirchengläubigen und naturwissenschaftlichen Forschern. Letztere sind grade durch ihr Naturerkennen durchaus religiös, wie es z. B. Darwin gewesen. Sie gelten aber als Gottlose, weil sie nicht kirchengläubig sind.

M. v. Egidy wollte, um diese Übelstände zu vermeiden, zum Urchristentum zurückgreifen, zu den Lehren Christi, die sozial und allgemein menschlich sind und von einer Hierarchie nichts enthalten. Religion sollte keine äußere Form sein, unser ganzes Leben sollte Religion sein von innen heraus. Die Lehren Christi sollten uns in Fleisch und Blut übergehen.

Die Kirchen aber legen den Schwerpunkt auf das Bekenntnis, auf das Dogma. Es ist deshalb kein Wunder, daß sie während des Krieges vollständig versagt haben. Sie haben der erschreckenden Entsittlichung der Volksmassen nicht Einhalt tun können, sind vollständig ohne Einfluß geblieben, weil sie zu wenig dem Gemüt nahe traten.

Hier muß unbedingt eine Umkehr stattfinden. Nicht die Geistlichkeit, sondern das Volk baut und trägt die Kirche. Werktätige, wahre Religion kann nur durch Gemeinde-Organisationen von unten herauf sich aufbauen und entwickeln.

Der Volksstaat aber ist durchaus geeignet, mit der Bildung von sozialchristlichen Religionsgemeinschaften vorzugehen, dessen Grundsatz sein muß: Das Ganze für den Einzelnen, das Einzelne für das Ganze. Hierdurch wird jeder Hader schwinden. Die verschiedenen Gemeinschaften würden sicher miteinander, nicht gegeneinader für das Wohl des Vaterlandes tätig sein. In

solchen Gemeinden würden die von ihnen selbst gewählten Pfarrer einen sehr segensreichen Einfluß ausüben können, besonders auch auf die Entwicklung des Sinnes für das Allgemeinwohl und zur Bekämpfung des Wuchers mit Lebensmitteln.

Wohin man auch blicken mag, überall sind dringend Umformungen von Grund auf notwendig. Es ist dies die Folge davon, daß man einerseits alle Anregungen von außen ganz unberücksichtigt ließ, andererseits, daß man, wenn man ausnahmsweise etwas Neues schaffen wollte, mit der Ausführung und Leitung in schablonenmäßiger Weise Beamte betraute, die für die Sache weder Herz noch Verständnis hatten und deshalb sie nicht vorwärts brachten. Bei Neuformungen müssen andere Wege betreten werden. Man verlasse den üblichen Dienstweg. Eine der wichtigsten Aufgaben des Staatslenkers ist, sich als Leiter und Mitarbeiter die Befähigten aus dem Volke zu holen. In erster Reihe wähle man hierzu diejenigen, welche Jahre lang für die Umformungen gekämpft haben. Eine Reihe derselben sind leider schon verstorben, so M. v. Egidy und Professor Dr. Ruhland. Beide haben aber sehr wertvolle Schriften hinterlassen, in denen alles bis auf das Einzelne von ihnen genau entwickelt ist. Andere sind aber noch in voller Rüstigkeit tätig, so Adolf Damaschke (Bodenreform), Professor Lehmann-Hohenberg (Rechtsreform), Berthold Otto, Arthur Schulz (Schulreform), Johannes Tewes (Einheitsschule) und viele andere. Diese müssen die Leitung der Umformungen übernehmen mit dem Auftrage, sich ihre Mitarbeiter selbst zu wählen, da sie ja die Tüchtigsten und Geeignetsten am besten kennen. Dann erst wird ganze, nicht halbe Arbeit geleistet werden ohne Verschleppung und Verzögerung.

Um alles das im Volksstaate einrichten zu können, muß Zucht und Ordnung herrschen und erhalten werden. Deshalb muß die leitende Regierung eine bewehrte Hand haben, sie muß sich auf eine starke Volkswehr von Zucht und Ordnung stützen können.

Zu dem Zweck muß die allgemeine Wehrpflicht bezw. Dienstpflicht aufrecht erhalten bleiben. Der Wehrdienst fördert die geistige und körperliche Entwicklung, erzieht zur Zucht und Ordnung und stärkt den so notwendigen Sinn und das Pflichtgefühl für das Allgemeinwohl, für das Vaterland. Anstatt zur militärischen Ausbildung könnten die weniger Brauchbaren zu landwirtschaftlichen Arbeiten herangezogen werden, was allseitig nutzbringend wäre.

Auch für die unverheirateten Frauen würde eine Dienstpflicht für die Allgemeinheit gleichfalls von großem Vorteil sein.

Zur Wehrpflicht braucht man nur einige Monate statt Jahre und dies nur in längeren Pausen ausgebildet werden. Hierzu gehört dann aber ein tüchtiges Offizier- und Unteroffizier-Korps, das die schwere

Aufgabe, das Volk zu tüchtigen, brauchbaren Soldaten zu erziehen, auch voll erfüllen kann. Dementsprechend muß alles Gute des alten Systems beibehalten, alle Schlacken aber und Ungehörigkeiten ausgemerzt werden.

Wir wollen nur einiges anführen, das geeignet ist, die bisherigen Mißhelligkeiten zwischen Vorgesetzten und Mannschaften zu beseitigen. Besonders das Beschwerderecht muß ganz anders gestaltet werden, damit es auch wirklich zur Anwendung kommt. Die Mannschaften wählen sich Vertrauensmänner, welche verpflichtet sind, alle Ungehörigkeiten gegen die Mannschaften seitens der Vorgesetzten selbständig in die Hand zu nehmen und sie dem nächst höheren Vorgesetzten vorzutragen. Sogenannte Soldatenschinder sind unbedingt sofort zu entfernen.

Auch eine gleiche gemeinschaftliche Küche, also wieder die Magenfrage, wäre ein wesentlicher Gesichtspunkt. Sieht die Mannschaft, daß für sie in wohlwollender Weise gesorgt wird, so ist ihr kein Dienst zu schwer so hat sie für ihre Vorgesetzten unbedingtes Vertrauen, so geht sie für sie durchs Feuer. Ein solches Vertrauensverhältnis zwischen Mannschaften und ihren Vorgesetzten würde das deutsche Heer unüberwindlich machen.

Und wir haben ein solches Heer nicht nur nach innen, sondern auch nach außen dringend nötig. Wir sind umlagert von feindlichen großen und kleinen Mächten, die wie Hyänen und Schakale nach Beute gierig sind.

Der Deutsche hat bisher im Gegensatze zu den Franzosen, Engländern und Amerikanern zu wenig Nationalstolz gezeigt, wenigstens was seine Arbeiterschichten betrifft. Und dies ist die Hauptschuld an unserm Zusammenbruch. Hätten die maßgebenden Arbeiterparteien mehr Nationalstolz gehabt, so würden sie auf keinen Fall die uns wehrlosmachenden schmachvollen Waffenstillstandsbedingungen angenommen haben. Es konnte dann mit Erfolg auf bessere Bedingungen gerechnet werden, weil auch der Feind kampfmüde war. Man hätte Ludendorff mit den Verhandlungen beauftragen müssen es wären dann sicher nicht so schmachvolle Bedingungen zustande gekommen Nachdem wir wehrlos gemacht waren, mußten wir uns dann den schimpflichen, entehrenden Friedensbedingungen unterwerfen, weil wir uns eben nicht mehr wehren konnten. Man hatte auf die Ritterlichkeit der Franzosen, das Wohlwollen der Engländer und den Idealismus und den Gerechtigkeitssinn Wilsons gerechnet. Wer nicht in Theorien befangen, wer seine Augen nicht verschloß vor der brutalen Wirklichkeit, wer trotz all der Lügennachrichten, mit denen lange vor dem Kriege und während des Krieges planmäßig die Northcliff-Presse die feindlichen und neutralen Zeitungen verseuchte und unser eigenes Volk vergiftete, sich politisch einen klaren Blick bewahrte, der konnte auf Ritterlichkeit und Gerechtigkeit seitens unserer Gegner nicht rechnen. Hat der Franzose sich doch schon 1870 als unritterlicher und grausamer Gegner

gezeigt, sobald sich ihm die Gelegenheit dazu bot, was glücklicherweise wegen seiner Niederlage nur selten war, hatte sich doch der Engländer stets roh und brutal gezeigt, hatte doch Amerika stets nur Geschäftsinteresse gehabt und letzteres geht bei Engländern und Amerikanern über jede Gerechtigkeit. Man redet sich ein, daß der Deutsche überall verhaßt gewesen ist. Dies ist nicht der Fall. Man lese nur die Berichte von Reisenden, die nicht bloß in der Bahn fahren, sondern weite Länderstrecken durchquert haben. Überall stießen sie, wie z. B. in Südamerika auf deutsche Siedlungen und deutsche Firmen, die durch ihre Arbeitsamkeit, ihre Fähigkeiten und ihrem Sinn für Gerechtigkeit und Ehrlichkeit im Gegensatze zu dem betrügerischen und brutalen Verhalten anderer Nationen den eingeborenen Völkern gegenüber in hohem Ansehen standen. Daß sie verhaßt sein sollten, das haben die Engländer durch die Northcliff-Presse den andern Völkern und besonders uns selbst vorgeredet mit berechnender Absicht. Der Deutsche besitzt zu wenig Vertrauen zu sich zu Gunsten der Feinde. Es ist ja bekannt, daß der Deutsche lieber die schlechtere Ware des Auslands nimmt, als die bessere eigene Ware. Während die Arbeiter der Feinde erst national und dann international sind, haben unsere Arbeiter das Nationale beiseite gestellt und sind sofort auf das Internationale übergesprungen. Dadurch haben sie ihre unzweifelhaften Ideale eines einheitlich arbeitenden internationalen Arbeiterbundes auf keiner festen Unterlage aufgebaut.

Auch der Deutsche muß Nationalstolz besitzen und darf die Ehre des Vaterlandes nicht beflecken lassen, nur darf dieser nicht zum Chauvinismus ausarten. Jede Nation hat die Daseinsrechte und die Ehre der anderen Nationen zu achten. Wahrhaft national ist man nur, wenn man unter Rücksicht auf das allgemeine Weltwohl seine Nation in der Kulturentwicklung und den Einrichtungen so fördert, daß auch die anderen Nationen von dieser Gesundung und Verbesserung Vorteile haben können. Erst national gesund, dann international. Nur national gesunde Völker können einen segensreichen Völkerbund bilden.

Dies wären im Großen und Ganzen die Gesichtspunkte, nach denen der Volksstaat Deutschland aufgebaut werden sollte. Da sie dem anfangs angeführten Wahrspruche:

Der Einzelne für das Ganze,
Das Ganze für den Einzelnen

entsprechen, so wird ihnen jeder rechtlich denkende und selbstlos fühlende Mensch beistimmen können.

Auch die politischen Parteien könnten sich auf Ziele einigen, die allen Seiten gerecht werden. Sie müßten das Einigende hervorsuchen, nicht das Trennende, wie sie es so gerne tun. Die Volksfürsorge soll und muß allen

Schichten des Volkes zuteil werden, nicht bloß einem Teile des Volkes. Alle Berufe und Stände sollen nicht einseitig ihre kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Interessen vertreten, sondern sollen auch für das Wohl und Wehe anderer Schichten Sinn und Herz haben und für deren gerechte Forderungen eintreten.

Manche Zeitungen sind durch ihr schlechtes Beispiel ein unheilvolles Hindernis. Sie sehen ihre Hauptaufgabe darin, sich gegenseitig zu bekämpfen und selbst zu beschimpfen, anstatt die Ereignisse sachlich und unparteiisch zu bringen. Sie hetzen ihre Leser auf, anstatt sie durch aufklärende Leitaufsätze zur Einigung zu führen.

Auf diese Weise muß es gelingen, alle Schichten und Parteien der Bevölkerung zu versöhnen und zur gemeinsamen Arbeit für den Volksstaat Deutschland zusammen zu führen. Nur gemeinsame unermüdliche Arbeit kann ihn hochbringen.

Druck von Ernst Mauckisch in Freiberg i. Sa.

Staatspolitischer Verlag G. m. b. H.,

Berlin SW 48, Friedrichstr. 226.

***Aufgaben der deutschen Landwirtschaft** und deren Vertretung durch die Deutsche Volkspartei. Von Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Backhaus. 3. Aufl. geh. M. 1,—

Preußens Zerstückelung — Deutschlands Untergang.
Von Dr. O. Boelitz, M. d. L. 3. Auflage . . . . . geh. M. 1,—

Die deutsche Jugend und der liberale und nationale Gedanke.
Von Otto Brües . . . . . geh. M. 1,—

Ich bin ein Preuße. Von Josef Buchhorn. 2. Auflage . . . . . geh. M. 1,—

Zwischen Goethe und Scheidemann. Von Josef Buchhorn. 2. Auflage geh. M. 1,—

Deutsche Jugend, wach' auf! Von Josef Buchhorn . . . . . geh. M. 1,—

Dennoch! Deutschlands Weltkriegszeit — die Gewißheit seines Wiederaufstiegs. Von Josef Buchhorn . . . . . geh. M. 1,—

Schwarz, Weiß, Rot, eine Sammlung politischer Gedichte.
Von Josef Buchhorn . . . . . geh. M. 1,—

Errungenschaften der Revolution im Verkehrswesen.
Von Hugo Garnich, M. d. p. L. . . . . geh. M. 1,—

Marine, Krieg und Umsturz. Von Korvetten-Kapitän Hintzmann. 3. Aufl. geh. M. 1,—

***Der Mittelstand und die Deutsche Volkspartei.**
Von Dr. O. Hugo, M. d. N. 2. Auflage . . . . . geh. M. 1,—

Kriegszielpolitik und Friedensschluß. Von Otto Kelling . . . . geh. M. 1,—

***Liberalismus und Demokratie.** Von Reg.-Rat Prof. Dr. Leidig. 2. Aufl. geh. M. 1,—

***Gemeinde-Politik.** Von Bürgermeister Dr. O. Maretzky, M. d. N. 2. Aufl. geh. M. 1,—

***Die Deutsche Volkspartei zur Frauenfrage.**
Von Clara Mende, M. d. N. 2. Auflage . . . . . geh. M. 1,—

Das Kulturprogramm der Deutschen Volkspartei.
Von Prof. D. Hermann Schuster. 3. Auflage . . . . . geh. M. 1,—

Das Reich muß uns doch bleiben. Von Eduard Spieß . . . . . geh. M. 1,—

***Die Kunst des Redens.** Von Dr. Wilh. Spickernagel. 2. Auflage . geh. M. 1,—

Die Einheitsschule — ein Kulturprogramm.
Von Lyzeallehrer Otto Stiller . . . . . geh. M. 1,—

Die Politik der Deutschen Volkspartei. Rede, gehalten auf dem ersten Parteitag der Deutschen Volkspartei zu Jena am 13. April 1919 von Dr. Gustav Stresemann, M. d. N. 37tes Tausend . . . . . geh. M. 1,—

Deutsche Gegenwart und Zukunft. Die große Rede zur politischen Lage auf dem Parteitage zu Leipzig. Von Dr. G. Stresemann, M. d. N. geh. M. 1,—

***Handel und Schiffahrt.** Von F. H. Witthoefft, M. d. N. 2. Auflage . geh. M. 1,—

Die Entstehung der Deutschen Volkspartei. 2. Auflage . . . . . geh. M. 1,—

*) Vorträge aus dem Politischen Kursus der Deutschen Volkspartei in Berlin.

Es befindet sich in Vorbereitung:

Grundlagen des Liberalismus. Von Otto Brües. Voraussichtlich Preis geh. M. 1,—

Student, Liberalismus und Hochschulreform.
Von Otto Brües. Voraussichtlich Preis geh. M. 1,—

Ein Jahr Rede- und Räte-Republik. Von Emil Kloth (ehemaliger erster Vorsitzender des Buchbinder-Verbandes) . . . . . geh. M. 1,—

Die Jugendgruppen der Deutschen Volkspartei.
Von Studien-Assessor Brüser . . . . . geh. M. 1,—

Deutsche Stimmen

Wochenschrift · Herausgeber: Dr. G. Stresemann · M. d. R.

mit vierzehntägig erscheinender Beilage

„Die Frau in der Politik"

geleitet von Clara Mende, M. d. N.

Die Revolution hat das alte Deutschland gestürzt, ein neues gilt es aufzubauen. — Das Bewährte aus der Vergangenheit mit in die Zukunft hinüberzunehmen, aber kühn und mutig auf moderner Grundlage ein neues, freies Deutschland aufzubauen, das sich seines alten Bekenntnisses zu einem machtvollen Deutschtum nicht schämt, ist die Aufgabe der Gegenwart. / Diesem Sinne entspricht die Haltung, welche die Wochenschrift „Deutsche Stimmen" vertritt. In bedeutungsvoller Zeit fordern wir zur Mitarbeit und zum Eintritt in den Leserkreis der „Deutschen Stimmen" auf.

Staatspolitischer Verlag GmbH

Berlin SW 48

Jahresbezugspreis 16 M. · Halbjährig 8 M.

Einzelnummer 50 Pf.

Bestellungen nehmen alle Postanstalten, Buchhandlungen, sowie auch der Verlag entgegen.